

RDS-Nr.: RDS SG 2/323

Sitzungsvorlage für die Samtgemeinde Elm-Asse

Beratungsfolge	Öffentlichkeits-status	Aufgabe
Ausschuss für Finanzen und Personal	öffentlich	Vorberatung
Samtgemeindeausschuss	nicht öffentlich	Vorberatung
Samtgemeinderat Elm-Asse	öffentlich	Entscheidung

<u>Betr.:</u> Haushalt 2027 - hier: Festlegung der Samtgemeindeumlage und der Zuwendung der Samtgemeinde an ihre Mitgliedsgemeinden
--

Beschlussvorschlag:

a. Die Samtgemeindeumlage bleibt unverändert auf 9.250.000 € festgesetzt. Die Verteilung auf die Mitgliedsgemeinden erfolgt nach der Steuerkraft.

b. Es erfolgt keine Zuweisung an die Mitgliedsgemeinden.

Begründung:

Mit Beschluss vom 30.09.2025 hatte der Samtgemeinderat die Samtgemeindeumlage von 8,5 Mio. € auf 9,25 Mio. € erhöht und gleichzeitig die Zuweisung an die Mitgliedsgemeinden von bisher 0,5 Mio. € ausgesetzt. Dies war darin begründet, dass der Ergebnishaushalt für 2026 in der Planung ansonsten mit einem Fehlbedarf von 1,2 Mio. € abgeschlossen hätte.

Gleichzeitig hatte auch der Landkreis seine Kreisumlage von 49% der Schlüsselzuweisung auf 52 % bei den Samtgemeinden und von 51 % der Steuerkraft auf 54 % der Steuerkraft bei den Mitgliedsgemeinden erhöht, da auch der Landkreis einen erheblichen Fehlbedarf in seiner Planung für das Jahr 2026 ausgewiesen hat.

Der erste Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2027 weist wieder einen deutlichen Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnishaushalt von rd. 1,4 Mio. € aus. Wesentliche Positionen, die zu dieser Verschlechterung geführt haben sind die entfallende Erstattung des Schulkostenanteils des Landkreises, Steigerungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen und Personalkostensteigerungen.

Am 31.03.2027 läuft der aktuelle Tarifabschluss aus und muss neuverhandelt werden, in der Planung ist hierfür eine Erhöhung von 2,5 % der Tabellenentgelte berücksichtigt. Gleichzeitig wurden die Sozialabgaben erhöht. Bisher wurde hier mit 19,6 % AG Anteil gerechnet, diese waren aber insgesamt zu niedrig angesetzt, da der Zusatzbeitrag bei der Krankenversicherung nicht berücksichtigt war. Es wird jetzt mit 21 %, somit 1,4 % mehr, gerechnet. Dazu ergaben sich noch ein paar Anpassungen der Entgeltgruppen

die aus den Stellenbewertungen resultierten, diverse Stufenerhöhungen, und drei neue Stellen.

Die Kalkulation wird aber nochmals geprüft, sodass es noch Veränderungen geben kann. Es ist aber gleichwohl von einem deutlichen Defizit auszugehen.

Da der Finanzausgleich mit den Mitgliedsgemeinden in 2026 erst um 1,5 Mio. € erhöht wurde, wird vorgeschlagen, in diesem Jahr keine Veränderung des Finanzausgleichs vorzunehmen.

Dirk Neumann